

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Geinr. Fahrenbrack, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat I.—II.

Nummer 9

Düsseldorf, den 4. März 1933

Verbandort Krefeld

Das freie Wort

Seit dem 1. 1. 1932 sind insgesamt 220 Tageszeitungen verboten worden. Unter der Regierung Brüning wurden 39 Verbote, unter der Regierung von Papen 48 Verbote, unter der Regierung Schleicher 25 Verbote und unter der Regierung Hitler bisher 45 Verbote verfügt. Hinzu kommen noch die Verbote von periodischen Zeitschriften und sonstigen Druckschriften, die dabei nicht berücksichtigt sind. Darunter fallen nach unserer Feststellung seit dem Regierungsantritt des neuen Kabinetts auch drei Gewerkschaftszeitungen bzw. Wochenschriften.

Nach dem Regierungsantritt des neuen Kabinetts versicherte der neue Reichsinnenminister Dr. Frick in einer Pressekonferenz den Vertretern der Presse, daß man seitens der Regierung die Aufgaben und Bedürfnisse der Presse, insbesondere hinsichtlich der notwendigen Pressefreiheit, voll und ganz würdige. Er selber, so betonte Dr. Frick, sei es gewesen, der unter der Regierung von Schleicher sich für die Beseitigung der harten Pressebestimmungen eingesetzt habe. Wenige Tage nach jener Pressekonferenz erschien die bekannte Notverordnung zum „Schutz des deutschen Volkes“, die zwar nicht die zugesagte Erleichterung der pressegesetzlichen Bestimmungen, wohl aber eine weitere Verschärfung derselben brachte. Insbesondere in den Verbotsbestimmungen bei wiederholten Verstößen gegen die pressegesetzlichen Bestimmungen liegt eine Verschärfung, die geeignet ist, den wirtschaftlichen Zusammenbruch von Zeitungen herbeizuführen, die davon betroffen werden. Dabei sind die Begriffe, auf die sich die neu verfügten Presseverbote stützen, außerordentlich dehnbar und stellen die Verbotsmöglichkeit selbst mehr oder weniger in das reine Ermessen der zuständigen Polizeibehörden. Darüber hinaus aber verfügt eine neueste Anordnung für Preußen, daß künftig auch eine Veröffentlichung jener Verbotsgründe selbst nicht mehr erfolgen darf, womit praktisch die öffentliche Kontrolle und Kritik an der Pressepolitik überhaupt ausgeschlossen wird.

In der Zeit der Verbote nationalsozialistischer Zeitungen hat sich die Partei des jetzigen Reichskanzlers mit Recht gegen die Unterbindung der öffentlichen Meinung durch pressegesetzliche Beschränkungen zur Wehr gesetzt. Heute hat die vom Führer der nationalsozialistischen Partei als Reichskanzler geführte Regierung in einer reichlich vierwöchigen Regierungstätigkeit mit ihren Presseverboten bereits die Regierung Schleicher und die Regierung Brüning überholt und ist auf dem besten Wege, auch die Presseverbotszahl der Regierung von Papen zu übertreffen und damit einen neuen deutschen Rekord in Presseverboten aufzustellen.

Die frühere Forderung nach der „Freiheit der Presse“ scheint schnell vergessen worden zu sein.

„Gazetten müssen nicht geniert werden.“

„Zeitungen müssen nicht behindert werden.“ Dieses Wort Friedrichs des Großen hat auch heute noch Gültigkeit. Es ist die Erkenntnis aller führenden Politiker gewesen, zu der früher oder später die bedeutendsten Staatsmänner gelangt sind, daß die Unterbindung der Meinungsfreiheit ein politischer Fehler ist, und auf die Dauer zu den entgegengesetzten Wirkungen führen muß. Die nationalsozialistische Presse hat nicht zuletzt von jenen Presseverboten, die berechtigt oder unberechtigterweise gegen sie angewandt wurden, profitiert. — Eine Partei, der die Feder gebunden ist, wird stets bei den Wählern mächtiger sein, als eine, die frei weilen darf. Was einer öffentlich sagt, das kann ihn leicht lächerlich machen, was er nicht sagen darf, das ist von tieferer Gewalt.“ Diese Erkenntnis Friedrichs hat immer wieder im politischen Leben sich bestätigt. — Ob sie sich bestätigt unter dem Sozialistengesetz der Vorkriegszeit oder in der Kulturkampfszeit

Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Christliche Arbeiterschaft in Volk und Staat

Ueber die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur gegenwärtigen gesamt-politischen Lage macht Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, folgende Ausführungen:

Die arbeitenden Schichten und die weit-aus überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes lehnen nachdrücklichst eine Politik ab, deren Ergebnis letzten Endes auf eine Vergewaltigung Andersdenkender hinausläuft. Zwangsherrschaft ist nie das Ideal der Mehrheit des deutschen Volkes gewesen. Wenn Mitglieder der jetzigen Regierung offen erklären, die gegenwärtige Machtposition werde, ganz gleich, wie das Wahlergebnis auslaufe, von ihnen nicht geräumt werden, dann steht das in schroffem Widerspruch mit den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes.

Es gibt kein Recht des Umsturzes oder des Verfassungsbruches für bestimmte Schichten. Wer es proklamiert, muß es konsequenterweise allen Volksschichten zubilligen.

Das Volk will Recht und Gerechtigkeit. Dazu passen aber auch nicht die leidenschaftlichen Angriffe gegen die Politik der letzten 14 Jahre. Wie sind die letzten, die die Vorgänge von 1918 verteidigen und behaupten wollen, daß in der Nachkriegszeit keine Fehler gemacht wurden. Aber Wahrheit und Gerechtigkeit gebieten, die Vorgänge, die zu dem Umsturz 1918 und zu der Nachkriegspolitik führten, vor allem auch der Jugend so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit waren. Der unglückliche Ausgang des Krieges war ein Schicksal des deutschen Volkes. Deutschland unterlag ehrenvoll der feindlichen Uebermacht.

Längst vor Ausbruch der auch von uns verurteilten Revolution hatten die verantwortlichen Heerführer den Verlust des Krieges als unvermeidlich erklärt. Deutschland war von Rohstoffen entblößt, seine Bevölkerung in Papierlumpen gekleidet und durch die uns aufgezwungene Autarkie vollkommen ausgehungert und verelendet.

Die Mark war entwertet und auf den Schlachtfeldern haben Millionen jener, die

heute als antinational verdächtig werden, schwerste Blutopfer gebracht.

In der Zeit der furchtbarsten Prüfung fanden sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammen und leisteten durch gemeinschaftliches Zusammengehen vaterländische Aufbauarbeit von gewaltigen Ausmaßen. Wenn das ein Verbrechen war, haben sich auch die Arbeitgeber des Verbrechens schuldig gemacht. Wir aber wissen, daß diese gemeinsame Arbeit das höchste Verdienst für sich beanspruchen kann. Und

soil der Einsatz von Leben und Gesundheit aller ordnungswilligen Elemente, zu denen sehr viele christlich-nationale Arbeitnehmer gehörten, in den Revolutionsjahren, während des Ruhrkampfes und während der Besatzungsperiode, heute keine Geltung mehr haben?

Wie kann man es wagen, dieses alles mit dem Schlagwort „November-Verbrecher“ abzutun? Es muß gesagt werden, daß jene, die in schweren, gefährlichen Zeiten sich verantwortungsvoll für eine Aufräumung des Trümmerfeldes einsetzten, nationaler und christlicher Handwerker als jene, die verheimlichend über den nahmslos abseits standen.

Ebenso ungerecht ist es, für die schwere Wirtschaftskrise einen Teil der Bevölkerung oder die sogenannte „November-Partei“ und die Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Der ungeschickte und meistens von dem Willen getragene Kampf, den politischen Gegner auf alle Fälle ins Unrecht zu setzen und zu diffamieren, wird sich später schwer an seinen Urheber rächen. Mit großen Worten allein läßt sich keine Politik machen, sonst müßte auch die NSDAP. jetzt die Erfüllung ihrer Versprechungen bringen. Die Verströmung auf den Vierjahresplan steht mit den „heroischen“ Gesten, die früher von jener Seite gemacht worden sind, in stärkstem Widerspruch.

Wir fragen:
Wo bleibt die Aufbesserung der Unter-schichten für die Arbeitslosen, für die Wohlstandsunterstützungsempfänger?

oder ob sie durch die Erfahrungen der Nachkriegszeit bestätigt wurde. Das Ergebnis jener Versuche, durch staatliche Pressebeschränkung die öffentliche Meinung zu binden und unfrei zu machen, brachte immer im Endeffekt ein Fiasko. So mußte selbst ein Napoleon am Ende seines Lebens einsehen: „Die Entziehung der Freiheit der Presse ist unter einem Verfassungsstaat ein wahrer Wahnsinn.“

Noch die letzten Wochen haben gezeigt, wie wirkungslos das Verfahren ist, durch Presseverbote gegnerische oder unliebsame Meinungsäußerungen zu unterbinden. — Ganz abgesehen von jener wenig glücklichen und überreifen Hast, mit der solche Verbote ausgesprochen und später wieder aufgehoben oder zurückgenommen wurden. Man lernt sehr schnell — schon Goethe hat einmal darauf hingewiesen — vorsichtig zu werden und das, was man vordem mit Kraftausdrücken und radikalen Worten aussprach, in einer anderen Sprache zum Ausdruck bringen. In einer Sprache, die — trotzdem sie „das sind nicht beim rechten Namen nennt“ — dem Leser doch dasselbe oder noch viel mehr bejagt und die dennoch für die Presse, auch unter dem schwersten Zensurzwang und Verbotdruck, ungefährlich ist. Und, wir wissen es aus der Zeit der Besatzung und der Presse-Zensur: Selbst leere Spalten einer Zeitung vermögen oft mehr zu sagen als alle Worte.

Wo bleibt die Beseitigung der am schwersten ins Gewicht fallenden und entscheidenden unsozialen Bestimmungen der früheren Notverordnungen?

Wie steht es mit einer planmäßigen und großzügigen Siedlung, besonders im Zusammenhang mit der mißbrauchten Dörfel?

Die bisherigen Maßnahmen der Regierung dienen vornehmlich der Landwirtschaft. Sie wirken zum Teil konsumverteilend. Wir können nicht die Richtigkeit der jetzt proklamierten These anerkennen, daß zuerst den Bauern geholfen werden muß, und daß dadurch erst die Möglichkeit zur wirksamen Hilfe für alle gegeben ist. Einseitige, konsumverteilende Maßnahmen helfen der Landwirtschaft nicht. Der Staat muß regelnd und fördernd die Wirtschaft mitbestimmen.

Aber wir lehnen entschieden eine erzwungene sogenannte berufsständische, staatspolitische Zwangswirtschaft ab. Sie ist ebenso unannehmbar für uns wie die überspizte liberale individualistische Wirtschaft.

Ebenso falsch ist der Gedanke, die Arbeiterbewegung staatlich kommandiert werden kann. Das würde Erstarrung und Vernichtung der Arbeiterbewegung bedeuten. Ich kann mir auch nicht gut vorstellen, daß die deutschen Arbeitgeber sich einem staatlichen Regiment unterordnen wollen.

Die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung wird, getreu ihrer Tradition und Sendung, für wahre Freiheit eintreten. Sie weiß, daß die zukünftige Ordnung nur fest und sicher auf den ehernen Fundamenten des christlichen Sittengesetzes ruhen kann.

Darum gilt ihr Kampf den unchristlichen und zerstörenden Kräften jedes Herrenmenschtums und jeder Gewaltherrschaft.

Für wahre Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für ein einiges Volk und Vaterland, das ist das Leitmotiv unserer Arbeit und unseres Kampfes.

Frankfurter Pauluskirche von der ersten deutschen Nationalversammlung beschlossen wurden: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Pressefreiheit darf unter keinen Umständen durch vorbeugende Maßnahmen suspendiert oder aufgehoben werden.“ An diesen Erkenntnissen und verfassungsmäßigen Zusicherungen der deutschen Meinungsfreiheit sollten auch die gegenwärtig regierenden Staatsmänner nicht achlos vorübergehen. Hoffen wir, daß aus den letzten Verbotsaufhebungen, die im Zusammenhang mit dem Aufbruch der katholischen Standesvereine erfolgt sind, der Schluß gezogen werden darf, daß man in maßgebenden Regierungskreisen diese Grundbedingungen des innerpolitischen Freiheitsbegriffs überhaupt zu würdigen weiß.

Die Arbeiterschaft hat nicht zuletzt ein außerordentlich starkes Interesse daran. Presseverbot, Versammlungs- und Meinungsverbot, nach dem gewisse reaktionäre Kreise, wir wissen es, schon lange trachteten, sind für die Arbeiterschaft untragbar. Sie müssen Reaktionen auslösen, die auch bei aller Zurückhaltung der Gewerkschaften auf die Dauer nicht unterdrückt werden können. — Der unbehinderten Meinungsfreiheit insbesondere auch der Gewerkschafts- und Betriebspresse kommt darum eine besondere Bedeutung zu.

„Jeder Deutsche hat das Recht“

Die Erkenntnis von der positiven Bedeutung der öffentlichen Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit ist nicht erst in den Grundzügen der Weimarer Verfassung ausgesprochen. Sie fand ihren Niederschlag bereits in jenen historischen „deutschen Grundrechten“, die im Jahre 1848 in der

Staatsbürger-Schutz für alle!

Jene Zeit, da eine der sozialen Reaktionen willige Polizei Dienerin des sozialen Unrechts war, ist der Arbeiterklasse noch in lebendiger Erinnerung. Die Mitbegründer unserer Bewegung wissen uns noch zu berichten von polizeilich übermächtigen und verboltenen Gewerkschaftssammlungen und von Polizeigewalt gegen die Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Von der politischen Reaktion aber zur sozialen Reaktion ist nur ein Schritt. — Darum hat auch unter den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen die Arbeiterklasse ein elementares Interesse an der Erhaltung einer politischen und sozial unabhängigen, gerechten und objektiven Polizeigewalt, die das Vertrauen des ganzen Volkes besitzt und rechtfertigt. In diesem Sinne kommt den folgenden Ausführungen besondere soziale Bedeutung zu.

Der „Völkische Beobachter“ bringt in seiner Ausgabe vom 22. Februar 1933 von der nationalsozialistischen Kundgebung in der Kölner Messehalle eine Aufnahme, welche eine Polizeigruppe zeigt, die in Helm und Uniform unter einer ebenfalls von einem Schutzpolizisten getragenen Hakenkreuzfahne in nationalsozialistischen Demonstrationen mitmarschiert. Herr Göbbels machte im Rundfunk zu dieser Beteiligung der Polizei an der nationalsozialistischen Kundgebung folgende Ausführungen:

„Nationalsozialistische Schutzpolizeibeamte in Uniform marschieren in dem braunen Heer mit Hakenkreuzbinden am Arm mit, unter Vorantragung einer riesigen Hakenkreuzfahne.“

Ebenso berichtet der „Völkische Beobachter“ am 23. Februar von einer Kundgebung der nationalsozialistischen Partei in Waldenburg (Schlesien):

In Waldenburg hatte eine große Abordnung der Schutzpolizei mit Hakenkreuzbinden Aufstellung genommen. Die Polizei führte eine Fahne mit, die beim Parteitag 1929 von Hitler geweiht worden war und die eine genaue Nachbildung der Blutfahne des 9. November 1923 darstellt.

Diese Feststellungen des Völkischen Beobachters sind charakteristisch für eine Gefahr, auf die es notwendig scheint, hinzuweisen: Die Gefahr, daß der Glaube des Volkes an die Objektivität und Unabhängigkeit der Schutzpolizei verloren geht und die Auffassung allgemein wird, daß die Polizei unter der Hakenkreuzfahne — Parteimantel geworden sei.

Der Polizeierlaß Herrn Görings scheint uns, so gut und objektiv er gemeint sein mag, nicht geeignet, diese Auffassung zu zerstreuen. So berechtigt es ist, gegen die nichtfeindlichen Treibereien staatsfeindlicher Elemente rücksichtslos vorzugehen, so bedenklich scheint uns andererseits aus seiner Abfassung nachliegende Auslegung des Erlasses, als ob unter den „nationalen Gruppen“, deren besonderer Schutz und Unterstützung Herr Göring der Polizei aufgibt, etwa nur Nationalsozialisten oder Stahlhelmer zu verstehen seien. Die Folge einer solchen Auslegung würde sein, daß die Schutzpolizei gegenüber nichtnationalsozialistischen Gruppen bei Störungserfahrungen von nationalsozialistischer Seite eine weitgehendste Zurückhaltung

zeigte, die zur praktischen Schutzlosigkeit der Kundgebungsteilnehmer gegenüber jenen Störern führen müßte. (Wir erinnern nur an die Zusammenstöße anfänglich der Siegerwald-Versammlung in Krefeld.) Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß auch die Polizei selbst durch solches Vorgehen in eine innerlich unhaltbare Lage gebracht wird.

Die Folgen einer solchen Auslegung des Polizeierlasses (als ob die Polizei sich nationalsozialistischen Ausschreitungen gegenüber passiv zu verhalten habe) aber müssen allgemein das in den letzten Jahren erfreulicherweise hergestellte Vertrauen des Volkes in den unparteilichen Schutz und die unbedingte Objektivität der Schutzpolizei untergraben und damit dem Volke den Glauben an die Autorität des Rechtes, die in der Polizei letzten Endes verkörpert ist, zerstören. Das wäre verhängnisvoll und liegt, wir sind davon überzeugt, zu allerletzt im Willen des Polizeiministers und der Regierung.

So scheint es notwendig im Interesse der Sicherheit und Freiheit des ganzen Volkes, auch nach außen hin jener Forderung Geltung zu verschaffen, die die der Regie-

rung gemäß nicht feindlich gesinnte „Völkische Zeitung“ mit Recht betont:

„Die Bevölkerung muß allerdings von den staatlichen Behörden Schutz gegen jede Ausschreitung verlangen, und sie braucht zu ihrer Sicherheit das Gefühl, daß die Polizei gegen alle Übergriffe, von wo sie auch ausgehen mögen, nachdrücklich vorgeht.“ Geschieht das nicht, dann würde, so betont die „V. Z.“ mit Recht: „bei einem Teil der Bevölkerung ein Gefühl der Schutzlosigkeit entstehen, das in Deutschland nicht aufkommen darf.“

Zu jener eingangs zitierten Demonstrationsteilnahme der Schutzpolizei aber scheint es ebenso notwendig, folgendes zu sagen: Selbst aus der sogenannten „Novemberherrschaft“ der sogenannten Kriegeregierungen ist uns kein Fall bekannt, daß Polizei in Uniform und Dienstausrüstung, also in amtlicher Funktion, unter der roten Fahne in Demonstrationen mitmarschiert ist. Noch aber ist die Hakenkreuzfahne nicht deutsche oder preussische Reichsfahne, sondern Parteiflagge. Die maßgebenden Stellen sollten sich dessen bewußt sein und nicht in blindem Eifer einer guten Sache mehr Schaden als Nutzen. Der Staatsbürgerchutz der Polizei gehört dem ganzen Volke.

Was wird aus dem Arbeitsministerium?

Die Frage, was aus dem Arbeitsministerium unter der neuen Regierung werden wird, ist noch immer nicht klar. Immer wieder werden die widersprechendsten Nachrichten laut. Nach den einen wird versichert, daß alle Gerüchte über eine Zerstückelung des Arbeitsministeriums, wie der neue Arbeitsminister, Herr Selbte, erklärte, „Phantasieprodukte“ seien. Nach den anderen Gerüchten aber will Herr Jugenderg nach wie vor die ausschlaggebenden Ressorts des Arbeitsministeriums, und zwar die Abteilung für Tarifwesen und Lohnpolitik und das Schlichtungswesen, in seine Regie übernehmen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß dann das Arbeitsministerium überhaupt praktisch aufgelöst werden würde. Dem neuen Arbeitsminister verbliebe dann in der Hauptsache der Freiwillige Arbeitsdienst und die sogenannte Jugendberufshilfe. Mit den eigentlichen Aufgaben des Arbeitsministeriums hätte er nur noch wenig zu tun.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitnehmerschaft sich gegen eine Zerstückelung des Arbeitsministeriums entschieden zur Wehr setzen muß.

Aber selbst, wenn Herr Selbte, wie es aus Regierungskreisen immer wieder versichert wird, ein völlig unverändertes geschlossenes Arbeitsministerium mit allen Ressorts übernimmt und beibehält, ist doch die Zukunft der deutschen Sozialpolitik noch längst nicht gesichert. Wir sprechen dem neuen Arbeitsminister, Herrn Selbte, ein ehrliches, gutes Wollen nicht ab. Ob er aber der Mann ist, der in der Lage ist, eine Sozialpolitik nach wirklich sozialer Tradition zu führen, ist eine andere Frage. Die Eigenschaft des Herrn Selbte

als Fabrikbesitzer braucht dem keineswegs zu widersprechen. Wir kennen Unternehmer in Deutschland genug, die trotz ihrer Unternehmerstellung weitgehende soziale Erkenntnis besitzen, um auch den Interessen der Arbeitnehmerschaft gerecht zu werden. Herr Selbtes Unternehmereinstellung allerdings weicht nach dem, was wir bisher von ihm erfahren haben, wesentlich von jener objektiven Einstellung ab, die dafür Voraussetzung ist. Uns scheint, daß Herr Selbte — denken wir doch an seine immer wieder gezeigte Sympathie für eine gelbe Arbeiterbewegung — sich noch völlig in vorkriegsmäßigen, längst überholten Unternehmereideologien eines patriarchalischen Unternehmertums bewegt, das heute weder Lebensfähigkeit hat noch soziale Berechtigung.

Die Zeiten, da der Arbeiter in jenem patriarchalischen Sinne Untergebener des Unternehmers war und in jenem Vorkriegsabhängigkeitsverhältnis zu ihm stand, sind endgültig vorbei.

Sie können auch nicht wieder verwirklicht werden. Dafür haben sich einerseits die wirtschaftlichen Belange, hat sich zum anderen aber auch die soziale Stellung der Arbeitnehmerschaft zu stark verändert. Herr Selbte müßte sich deshalb, wenn er wirklich eine zeitgemäße Sozialpolitik treiben wollte, endgültig von dieser verkehrten Unternehmereideologie befreien und auf die neuen Verhältnisse umstellen. Ob er das vermag, glauben wir bezweifeln zu müssen.

Das, was andererseits aber Herr Selbte als Führer des Stahlhelms an Führereigenschaft mitbringt, scheint uns allein doch nicht ausreichend für die sozialen Aufgaben, die seiner als Arbeitsmini-

ster hatten. Frontsoldat (dem Herr Selbte Führer sein konnte) und Arbeiter oder Angestellter (denen Herr Selbte Führer sein möchte) sind längst nicht dasselbe. Mögen die Menschen von damals und heute zu einem großen Teil die gleichen sein, ihre soziale Stellung zu einander und miteinander ist heute eine wesentlich andere als wie vor 15 Jahren. Insbesondere hat ihre Stellung zum Unternehmertum leider nach den letzten Jahren über Erfahrungen eine wesentliche Veränderung erfahren. Das sind Dinge, die mit „Kameradschaft“ und gemeinsamer Fronterinnerung nicht beseitigt oder überbrückt werden können.

Darum bedarf es zu einer wirklich sozialen Führung mehr als einer gut gemeinten aber überhöhten Unternehmerrmeinung und als sozialistischen Führertums, das wir an sich wohl zu schätzen wissen.

So glauben wir Herrn Selbte gerne, daß er ehrlichen Bestrebens ist, „das Letzte und das Beste in dem großen Spannungsbogen der Arbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber zum Besten von Staat und Gesellschaft entwickeln zu helfen“. — Aber wir wissen, daß diese Aufgabe ungeheuer groß ist und Voraussetzungen erfordert, die wir heute noch vermissen. Voraussetzungen, die nicht ein Herr Jugenderg oder ein Herr von Papen zu geben vermag, sondern die der neue Arbeitsminister nur dann erreichen kann, wenn er mit seinem Arbeitsministerium vollständig unabhängig ist und der neuen sozialen Einstellung der Arbeitnehmerschaft wirklich Rechnung trägt.

Der Wohnungsbau 1932

Das Jahr 1932 war ein außerordentlich schlechtes Baujahr. Nach einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung dürfte der Zugang an neuen Wohnungen im vergangenen Jahre etwa 110—120 000 betragen haben. Das ist knapp die Hälfte des Zuganges, der noch im Jahre 1929 zu verzeichnen war. Seit dem Jahre 1929 bewegt sich die Wohnungsbaukurve dauernd abwärts. Sie hat im vergangenen Jahre einen Stand erreicht, der dem des Jahres 1924 gleichkommt. Aus nachstehender Tabelle ist der Zugang an Wohnungen für das Reichsgebiet seit dem Jahre 1928 zu ersehen:

1928	330 000	Zugang
1929	338 000	„
1930	330 000	„
1931	251 000	„
1932	110—120 000	„

Die Ursache für den außerordentlich scharfen Rückgang der Bautätigkeit im Jahre 1932 lag einmal begründet in der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise. In der Hauptsache war sie jedoch zu suchen in der scharfen Abkühlung der Hauszinssteuerhypotheken. Während in den Jahren 1927 bis 1930 jeweils über 800 Millionen Mark aus Mitteln der Hauszinssteuer für Wohnungsbauzwecke zur Verfügung standen, sank diese Summe im Jahre 1931 auf 300 und im Jahre 1932 sogar auf 50 Millionen Mark herab. Immer mehr wird das Aufkommen aus der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet. Solange hier keine wesentliche Änderung eintritt, dürfte an eine Belebung des Baumarcktes nicht zu denken sein. R. W.

Der Arbeiter und die Wirtschaftskrise in Lancashire

(Schluß.)
Great Harwood ist eine blühende Stadt. Fast alle Häuser sind aus Natursteinen gebaut. Die jungen Mädchen der Arbeiterfamilien gehen hier bergauf und ab. Das nimmt ihnen die volle Gleichberechtigung. Doch die Arbeitslosigkeit ist hier fürchterlich. Es gibt 23 Betriebe in der Stadt, nur drei arbeiten. Im vergangenen Jahre waren über 60 Prozent der Arbeiter arbeitslos, augenblicklich sind es ungefähr 40 Prozent.

Und Herrs Vater ist arbeitslos und ebenso zwei seiner Brüder. Seine Schwester wurde im vergangenen August während des Weberstreiks gemordet. Die Gewerkschaft zählt eine gute Unterbringung. Herr ist seit einem Monat Lehrer. Unterbringung bezieht keiner der drei arbeitslosen Männer. Bedürftigkeitsprüfung! Jetzt muß die Erbschaft angefordert sein, erst dann gibt's Unterbringung. „Gott sei Dank“, sagt der alte Mann, „Vater verdient gut.“ Bis jetzt geht's noch ohne Schulden auf dem Dach. (Die tägliche Arbeitslosenunterstützung beträgt ein halbes Jahr lang Unterbringung. Dann kommen Kräfte- und Wohlfahrtsunterstützung, die von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängen.)

Später hört ich von dem Elend in Great Harwood. Die meisten der Familien verdienen gut. Mann und Frau gingen arbeiten. Die meisten Familien besitzen ein eigenes Haus. Starke Gewerkschaften, starke Gesundheitsdienste, bester Lebensstandard — und der tolle Stolz der „englischen“ Arbeiter.
Heute sind die meisten der Häuser tiefverschuldet. Doch noch eine: im vergangenen Streik wurde Great Harwood berührt wegen seiner Gattin. Brecher! Welch ein Lebensdrama verbringt sich hinter dem Vor-„Streichholz“! Diese jungen Arbeiter, deren Väter, Großväter und Urgroßväter Gewerkschaftler waren — sie wurden zu Streikbrechern. Die drei jüngsten Arbeiterkinder

heit hat diese Menschen zermürdet; die „Bedürftigkeitsprüfung“ hat sie zerschunden. Und wieder jener Unterschied zwischen deutschen und englischen Arbeitern: diese Menschen hier haben niemals ernsthaft an eine „Reorganisation“ gedacht. Sie leben und hochten ganz und gar in der bestehenden Ordnung. Diese Ordnung bricht man unter ihren Füßen zusammen. Der Staat, den sie achten und ehren, schämt sich nicht, mit krämerischem Geiz in ihren Hörsen herum auf der Suche nach Erparnissen, bevor er ihnen Unterstützung gewährt. Das hat den freien Textilarbeiter von Lancashire gebrochen.

Doch die Häuser und Straßen von Great Harwood sind peinlich sauber, die Menschen sind gut gekleidet und ruhig gehen sie durch die Straßen. Man könnte glauben, es wäre eine gut bürgerliche Kleinstadt. Aber viel Not, peinigend und überpeinigend, verdrängt sich hinter dieser glatten Oberfläche. —

Eine Woche später lehre ich nach Preston. Jugwörter habe ich etwas mehr von den Schwierigkeiten der Industrie bezugsnehmend. Lancashire verlor seine Stärke hauptsächlich durch japanische Konkurrenz und durch den drastisch englischer Wares in Japan. In Preston spreche ich mit Hausbesitzern, Gewerkschaftsangehörigen und Politikern. Alle sehen wenig Aussicht für eine Besserung der Lage. Man hilft sich, so gut man kann, man wartet, man hofft — ein trübes Schicksal.

Auf meiner Rückfahrt nach London treffe ich noch zwei Menschen, was der Ermahnung in diesem Zusammenhang. Einer ist so halbwegs ein „Marxist“. Er erinnert mich an den ungeliebten Reagenzglas der englischen Arbeiter. „Aber“, sagt er, „in Deutschland, der andere ist Katholik.“ Er erzählt von seiner sozialen Grundanschauung. Doch, nach den praktischen Begegnungen, weiß er nicht, was er hat. Er hat sich in der Sprache der Arbeiter bewegt und ein gewisses Vertrauen der englischen Arbeiterbewegung zu ihm. Sie hat in der Bewe-

gangene ihre Tätigkeit in den engen Rahmen der bestehenden Ordnung eingeschränkt. Nun, da diese bestehende Ordnung erschüttert ist, steht das „Neue“ und diese Angst macht das Schicksal der Massen und des Einzelnen sozial schwerer zu ertragen.

„Die Industrie stirbt“ und „Mit uns zieht ein neuer Geist!“ Welch ein Unterschied liegt in diesen Worten! Diesen neuen Geist, den Willen zur Reorganisation zu erhalten und zu verwirklichen, ist die große Mission der armen und doch so reichen deutschen Arbeiter! Postmann.

Jugendnot!

Die Bereitschaft, die allgemein das Jugendnotschicksal und andere Jugendnotschicksale von Organisationen oder privater Seite finden, ist erfreulich. Aber immer wieder muß man dabei — und trotzdem — die Feststellung machen, daß eine tiefere Erkenntnis von der wirklichen Not, die unsere Jugend leidet, kaum besteht. Das ist verständlich. Man sieht wohl die äußeren Symptome jener Krankheit: Jugendnot, Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit und materielle Not und ihre Folgen: das müde Gesichtchen, „Tippelbräutigam“ und — wo die moralisch zersetzenden Wirkungen schon weiter fortgeschritten sind — Bandenwesen und Verbrechertum. Nur ganz wenige aber erkennen in ihrer vollen Tragik und in ihrem ganzen Ausmaß die tiefsten Ursachen. Die verdorbenen materiellen und seelischen Krankheitsherde, von denen die materielle und geistige Jugendnot Kräfte ausgedehnt, die unsere Jugend bedrohen.

„Jugendnot“, materielle Not, Wohnungsnot, das sind noch allenfalls in Rechnung. — Bedenkt man aber aber jene familien- und gemeinschaftszersetzenden Wirkungen, die davon ausgehen und die Jugend vor allem treffen? Welch eine, zu sehr geistiger und körperlicher Verfassung es für sie führt, inmitten des fürchterlichen materiellen und moralischen Aufwärtstages zu stehen und sich ausgegliedert zu sehen aus der zerschundenen Familiengemein-

schaft oder unter qualender Duldung „ertragen“ als überflüssige Last —?

„Betrogene Jugend“ — (Albert Lamm*) — hat recht, wenn er sie in seinen „Berichten aus einem Erwerbslosenheim“ so nennt. Und erschütternd zeigen seine Aufzeichnungen jene fürchterliche Not dieser Jugend ohne Jugend. Wir haben schon manchen Blick in diese Not tun können, haben oft und stundenlang darüber gefaselt und diskutiert — aber noch nie ist uns ihr wahres Schicksal mit allem Elend und allen Gefahren und mit allen Problemen so klar zum Bewußtsein gekommen, wie bei diesen Berichten. Was Lamm selbst empfand, als er — wie er erzählt — die Arbeit an dieser Jugend aufnahm, sagt den Leser wieder, der seine Berichte mit einer Spannung und innerlichen Gespächtheit liest, wie selten ein Buch: Jenes unheimlich zersetzende, Geheimnisvolle an dieser tragisch-lebendigen Problematik, in der jeder Schritt in andere neue Käfige bannt.“
Erst dann aber, wenn man so Jugendnot erkennt und begriffen hat, versteht man alles: Versteht Jugendverwilderung, -verkommenheit — ja versteht Jugendverderbentum und all jene Folgen dieser Jugendnot, von denen Ernst Haffner in seinen Tagebuchblättern „Jugend auf der Landstraße Berlin“ berichtet: Dann liest man nicht nur mit pharisäerhaftem Entsetzlichkeit von diesen Verwahrlosten, bis auf die tiefste Lebensstufe gesunkenen „Verderbten“, dann ruft man aber auch nicht mehr in Spießbürgerfalsch nach Polizei- und Erziehungsanstalt. — Dann hat man das Problem erkannt, das Problem Jugendnot in seiner ganzen katastrophalen Bedeutung für unsere künftige soziale Entwicklung. Und dann ist man vorgeföhren bis zum Kern dieses Problems: Zu der ungeheuren Schuld unserer Zeit an der Jugend und gegenüber der Jugend. Einer Schuld, die uns alle verpflichtet.
Jugendnot! — Jugendhilfe!

*) „Betrogene Jugend“ von Albert Lamm. — Jugend auf der Landstraße Berlin, von Ernst Haffner, beide E. Cassirer-Verlag, Berlin.

Soziale Wahlen vertagt!

Die Betriebsratswahlen finden statt

Aus einer Mitteilung, die in diesen Tagen durch die Presse gegangen ist, geht hervor, daß die Amtsdauer der Träger von Ehrenämtern in der Sozialversicherung durch eine Verordnung der neuen Regierung bis zum Schluß des Kalenderjahres verlängert worden ist.

Es scheint notwendig, anlässlich dieser Vertagung der sozialen Wahlen auf zwei Umstände hinzuweisen, die dabei besonders beachtlich sind: Als Ende 1931 durch die Regierung Brünning eine Hinausschiebung der sozialen Wahlen um ein Jahr erfolgte, um durch die vielen Wahlen die innerpolitische Stimmung nicht noch weiter zu verschärfen, ging ein Sturm der Entrüstung durch die Oppositionspressen. Insbesondere durch die Presse jener Kreise, die heute hinter der Regierung stehen. Die Vertagung der Wahlen sei, so behaupteten jene Kreise, lediglich erfolgt, weil die Gewerkschaften sich vor dem Ausgang der Wahlen „fürchteten“. Diese Behauptung von der „Angst der Gewerkschaften vor den sozialen Wahlen“ ist seitdem insbesondere auch durch die nationalistische Presse gegangen. Die Stahlhelmpresse nahm eine ähnliche Stellungnahme ein. Noch bis in die letzten Wochen wurde von dem angeblichen Bestreben der Gewerkschaften, die Wahlen weiter hinauszuschieben, geschrieben und mit der „Angst der Gewerkschaften vor der Abrechnung“ Propaganda gemacht. Umso überraschender kommt plötzlich diese entgegengesetzte Stellungnahme einer Regierung, hinter der jene Kreise stehen.

Die Ursache dieser plötzlichen Umstellung und der erfolgten Vertagung der sozialen Wahlen ist unschwer zu erkennen, wenn man die grundsätzliche Stellungnahme jener Kreise zu den Gewerkschaften bedenkt. Seit jeher ist ihr Bestreben gewesen, die Gewerkschaften durch Betriebszellen zu zer-

legen bzw. durch jene „Audi-Arbeiterverbände“ der gelben Organisationen, der Stahlhelmselbsthilfe und der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation zu schwächen. Bisher fehlte ihnen dafür jedoch noch immer die gesetzliche Anerkennung. Gerade in den letzten Wochen ist besonders von der Hugenbergpresse immer wieder mit Nachdruck jene Anerkennung gefordert worden.

Die nunmehr verordnete Hinausschiebung der sozialen Wahlen hat offensichtlich den Zweck, in der Zwischenzeit diese Propaganda für die gelbe Bewegung weiter zu treiben und gleichzeitig ihre Anerkennung als Gewerkschaft zu erreichen. Darum das plötzliche Schweigen jener Kreise, die noch vor ganz kurzem nicht schnell genug soziale Wahlen bekommen konnten. Die Vertagung betrifft allerdings nicht, das sei ausdrücklich betont, die bereits im Gang befindlichen bzw. bevorstehenden Betriebsratswahlen. Dieselben finden ohne Rücksicht auf jene Vertagung der übrigen sozialen Wahlen statt.

Die christlichen Gewerkschaftler und die standesbewußte Arbeitererschaft werden sich durch jene neuen Maßnahmen nicht irritieren lassen. Das Ehrgefühl eines standesbewußten aufrechten Arbeiters lehnt gelbe, unternehmerfreundliche Organisationen, die nur äußerlich einen Gewerkschaftscharakter vortäuschen, innerlich aber unfreundbar und abhängig von politischen Parteien sind, ab. Der aufrechte Arbeiter und Gewerkschaftler hat mit diesen nichts zu schaffen. Tragen wir Sorge, diese aufrechte Gesinnung der deutschen Arbeitnehmererschaft zu erhalten und die gewerkschaftliche Front zu stärken.

hielt dann einen Vortrag über das Thema: „Was uns die Vergangenheit zu sagen hat gegenüber der Zukunft“. Dann wurde der Kollege Hermann Kottmann, ein alter Krieger, der im Kriege die Ortsgruppe geführt hat und im Vorstand und auch Vertrauensmann war, bis er wegen Krankheit nicht mehr konnte, einstimmig zum Ehrenmitglied des Vorstandes gewählt.

Nach Erledigung der Tagesordnung führten Mitglieder der weiblichen Jugendgruppe einen flotten Reigen auf. Mitglieder der männlichen Jugendgruppe spielten dann das humoristische Theaterstück: „Die neue Hölle“, welches wiederholte Lachsalven hervorrief. Dann schloß Kollege Antrup um 7,30 Uhr die gutverlaufene Versammlung.

Pangensleben. Unsere Ortsgruppe hielt bei schönem die diesjährige Hauptversammlung ab. Der Besuch war durch die starke Kälte beeinträchtigt. Der Vorsitzende, Kollege Dhnese, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die heute gefassten Beschlüsse zum Segen der Bewegung gereichen mögen. Der Schriftführer, Kollege Thiel, erstattete alsdann den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen war, daß im vergangenen Jahre reges Leben innerhalb der Gruppe zu verzeichnen war. Besonders konnte die Jugendgruppe von reger Tätigkeit berichten. Den Kassenbericht erstattete der Geschäftsführer, Kollege Trepte. Die Kassenverhältnisse konnten den Verhältnissen entsprechend als günstig bezeichnet werden. Bei den weiter getätigten Neu- und Ergänzungswahlen traten einige Veränderungen ein. Der Geschäftsführer Kollege Trepte gab dann einen Rückblick über das vergangene Jahr. Der Redner hob hervor, welche gewaltige Arbeiten die Gewerkschaften zu erledigen hatten, um sich als der Gewerkschaftsgegner zu erwehren und weitere Verlesung der Arbeitererschaft zu verhindern. In dem Ausblick für das Jahr 1933 bedauerte er, daß leider die Ausichten auf eine wirtschaftliche Besserung gering seien, wenn auch kleine Anzeichen auf eine Besserung hindeuten. Die politischen Verhältnisse seien trotz mehrfacher Wahlen eher verworren als klar geworden. Nur der Zusammenschluß in den Gewerkschaften könne der Arbeitererschaft eine wirksame Interessenvertretung sichern. Daher gelte es, für die innere und äußere Erstarkung der Gewerkschaften zu sorgen. Zum Schluß wurde das jährliche Beitrags- und Unterstüzungswesen besprochen. Hermann Thiel.

Bangen (Allg.). Zahlreich hatten die Mitglieder der Einladung zur Jahresversammlung, welche am Freitag, dem 20. Januar, abends 8 Uhr im katholischen Vereinshaus stattfand, Folge geleistet. Der Vorsitzende, Kollege Kempfer, gab nach üblicher Begrüßung die reichhaltige Tagesordnung bekannt. Nach Erledigung des Protokolls gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht vom abgelaufenen Jahre. Derselbe wies eine Fülle von Arbeit auf über Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und Werbearbeiten. Die Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen erschwerte auch die Verbandsarbeit. Aber trotz alledem konnte die Mitgliederzahl gehalten werden. Anschließend folgte der Kassenbericht, welcher in Ordnung befunden wurde und den Verhältnissen entsprechend als gut bezeichnet werden kann. Somit wurde dem Kassierer, Kollege Schmid, sowie den übrigen Vorstandsmitgliedern Entlassung erteilt. Unser Geschäftsführer, Kollege Saile, um, der als Sachverständiger den Dank aus für die geleistete Arbeit und somit zur Neuwahl. Nachdem der 1. Vorsitzende, Kollege Kempfer, eine Wiederwahl nicht mehr wünschte, wurde geheim abgestimmt. Die neue Vorstandschef stellt sich zusammen wie folgt:

1. Vorsitzender Kollege Johann Schmid, 2. Vorsitzender Kollege Josef Kempfer, Kassierer Joh. Schmid, 1. Schriftführer Alois Schich, 2. Schriftführerin Kollegin Maria Kajt, als Kassenrevisoren die Kollegen Gerhard Daumüller und Anton Wolf. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an und dankten für das Vertrauen. Nun ergriff der neue Vorsitzende das Wort; zuerst gedachte er in ehrenden Worten der im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegin Paula Kuhn. Die Versammlung gedachte der Frauenkollegin in üblicher Weise. Dann dankte der Vorsitzende seinem Vorgänger für seine siebenjährige Tätigkeit, welche eine Fülle von Arbeit in sich enthalte.

Der nächste Punkt brachte Stellungnahme zur kommenden Betriebsratswahl. Kollege Saile gab dazu die notwendigen Aufklärungen. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, die teilhabenden Mitglieder zur Wiederwahl zu stellen.

Es folgte dann noch eine Stunde gemütlicher Unterhaltung, welche der Versammlung einen schönen Abschluß gab.

Wiesbaden. Die Ortsgruppe Rheine hielt Mitte Januar ihre Generalversammlung ab. Geschäftsführer Kollege Blümer ergriff in seinem Vortrage über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate vor allem ein auf die Stellung unserer Bewegung zur gesamtpolitischen Lage. Er betonte zum Schluß, die kommenden Kranken- und Betriebsratswahlen würden erhöhte Anforderungen an die Funktionäre stellen. Aber auch hier vertraute die Geschäftsleitung auf ihre auserwählten Kräfte.

Der anschließende Kassenbericht zeigte für das letzte Quartal 1932 eine Beitragsmehrung von 600.— Mk. Die Kassenrevisoren hatten die Kasse eingehend geprüft und für richtig befunden.

Der Geschäftsstellenbericht lautet wie folgt: Das Jahr 1932 war in seiner Auswirkung auf Politik und Wirtschaft anormal. Dementsprechend gestaltete sich auch die Arbeit der Geschäftsstelle. Um den Belangen der Arbeitererschaft gerecht zu werden, fanden 33 Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden statt. Vertreter von dem Arbeitgeberverband, Sprunghaus, des Arbeitsamtes und anderer sozialer Institutionen ereignen in 122 Fällen. Es wurden 1746 Auskünfte erteilt und 622 Schriftsätze angefertigt. Auch der Barerfolg der Redaktions-tätigkeit ist sehr beträchtlich. Am 1. Oktober fand in der Leitung der Geschäftsstelle ein Wechsel statt, indem der Kollege Art-

Arnold Dickmann †

Als sich am 24. April 1898 die Delegierten vom Niederrhein in der Weberunion in Krefeld versammelten, um den Niederrheinischen Verband christlicher Textilarbeiter ins Leben zu rufen, befand sich unter ihnen auch der Handweber Arnold Dickmann aus St. Lönis. In der Aussprache, woran sich die Delegierten regen beteiligten, gab auch Arnold Dickmann beachtenswerte Anregungen.

Er wurde in den Zentralvorstand gewählt und bekleidete den Posten des 2. Kassierers.

Dickmann befatigte sich als stiftiger Agent für den Verband; er sog sich dafür den ganz besonderen Haß der Genossen zu. Um verschiedenen Verleumdungen den Garaus zu machen, sah er sich gezwungen, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Er wurde als Delegierter (Präsident 1899) nach dem Rainzer Kongreß gewählt und nahm teil an der ersten internationalen Zusammenkunft der Textilarbeiter in der Mitteldeutschen Stube in Krefeld.

Ebenfalls teilgenommen hat er an vielen, vielen Sitzungen in Köln, wo zuerst eine lose Zentrale gegründet wurde, aus der nachher unser jetziger Zentralverband hervorging. Als in St. Lönis die Krankenkassen verschmolzen wurden, wurde er als Kontrolleur gewählt, welchen Posten er bis zu seiner Pensionierung bekleidet hat.

Tiefbewegt müssen wir heute die Nachricht von seinem Tode bringen. Mit ihm ist ein Kollege, der im Gründungsanfang viel für seine Arbeitskollegen getan hat, dahingegangen. Möge ihm die Erde leicht sein!

kötter nach 20jähriger Tätigkeit auschied. Seine Stelle nimmt jetzt der Kollege Blümer ein. Die Geschäftsleitung wird, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft bestrebt sein, soweit ihre Kräfte reichen, die Interessen der Arbeitererschaft wahrzunehmen.

Alsdann wurde die Ehrung zweier Jubilare vorgenommen. Den Mitgliedern Gerh. Fißler und Johann Meulenkamp konnte für 25jährige Verbandszugehörigkeit ein Diplom überreicht werden.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl sämtlicher ausscheidenden Vorstandsmitglieder. Ebenso wurden die Kartelldelegierten und Kassenrevisoren gewählt.

Speckart. Am 27. Januar fand im Gasthaus „Zum Strauß“ die ordentliche Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Der Vorsitzende, Kollege Josef Kraft, eröffnete die Versammlung und gab seiner Freude Ausdruck über den äußerst guten Besuch. Waren doch weit über 100 Mitglieder erschienen, die vom Koll. Kraft herzlich begrüßt wurden. Besonders begrüßte er den Geschäftsführer, Kollegen Durst aus Eittingen. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende einen schönen Bericht über die Tätigkeit und Arbeit des Verbandes sowie der Ortsgruppe im verfloffenen Jahr. Der Kassenbericht, den unser Kollege Rudolf Kreuz gab, fand überall gute Aufnahme. Kollege Kreuz, der schon viele Jahre hindurch unsere Ortsgruppe kassiert und in seinem Amte sehr gewissenhaft und pünktlich ist, konnte nach den Dankesworten des Vorsitzenden entlassen werden. Bei den folgenden Neuwahlen wurde die ganze Ortsgruppenverwaltung wiedergewählt. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung der Vortrag des Kollegen Durst. Der Redner gab einen instruktiven Bericht über die wirtschaftliche Lage. Auch in unserem schönen Albtal haben wir Zustände, die nicht mehr als richtig angesehen werden können. Die Stilllegung des Textilbetriebes Neuzod hat unter der Arbeitererschaft der einzelnen Ortschaften des Albtales größte Not hervorgerufen, und es wäre nur zu wünschen, daß der Betrieb bald wieder in Gang gebracht würde. Auch im großen Betrieb Spinn- und Weberei Eittingen sind in der letzten Zeit viele Entlassungen vorgekommen, und es wäre auch hier nur zu wünschen, daß wieder alle eingestellt werden.

Großer Beifall zeigte dem Redner, daß der Vortrag gut verstanden wurde. Kollege Kraft dankte dem Redner für die Ausführungen. Nach Regelung einiger örtlicher Fragen unter Punkt „Verschiedenes“ wurde die Versammlung kurz vor Mitternacht geschlossen. Mar Fang.

Berichte aus den Ortsgruppen:

Beitrag. Am 22. 1. 1933 hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung im Lokale Brog ab. Gegen 5,15 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und ließ alle Anwesenden herzlich willkommen heißen. Besonders begrüßte er die Frauen und ermahnte sie, dem Vertrauensmann Heinrich Klumpen das Amt nicht zu erschweren und dem Vorstand zu helfen, daß die Männer und Kinder mehr denn je die Ortsgruppenversammlungen besuchen. Der Schriftführer Hüb. Stein verlas das Protokoll der letzten Versammlung, welches genehmigt wurde. Hierauf gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre. Er dankte allen Mitgliedern, die im Jahre 1932 dem Vorstand mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, und bat, auch in Zukunft mit ihrer Mitarbeit rechnen zu dürfen. Es folgte der Kassenbericht, welcher von den Revisoren als vorzüglich befunden wurde, worauf die Versammlung dem Kassierer Entlassung erteilte. Der Vorsitzende teilte der Versammlung mit, daß die Ortsgruppe Beitrag, an den Mitgliederzahlen gemessen, gegenüber den anderen Ortsgruppen der Geschäftsstelle Stadbach-Nehrdorf, mit der Beitragseinnahme an erster Stelle stehe, was von der Versammlung lobend anerkannt wurde. Hierauf erfolgte die Ergänzungswahl des Vorstandes. Dabei wurden einstimmig gewählt: Heinrich Thewis als Vorsitzender, Anton Hoffmann, Heinz Klumpen und Maria Fels als Beisitzer.

Schluß dankte Kollegin Stegger allen für ihre Aufmerksamkeit, und jeder ging wohl mit dem Gedanken nach Hause, wirklich frohe Stunden verlebt zu haben. An alle riefen wir unsern Appell, der Gruppe beizutreten, die Christlichkeit und Treue auf ihre Fahne geschrieben hat!

Joh. Hoffmann.

Cuskirchen. Unsere sehr gut besuchte Generalversammlung lagte am 28. Januar im katholischen Gesellenhaus. Der Vorsitzende, Kollege Michael Rey, erstattete den Jahresbericht. Eine Uebersicht der geleisteten Arbeit, aber auch die Sorge um das Wohl der Textilarbeiter hob er in seinen Darlegungen hervor. Der Schriftführer, Kollege Toni Scheffen, gab einen Arbeitsbericht, der klar und eingehend die Einzelheiten der Arbeit des Jahres 1932 umriß. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer, Kollege Lommerum. Die Generalversammlung erteilte einstimmig Entlassung. Dann gedachte die Generalversammlung während der verstorbenen Freunde. Der geschäftsführende Vorstand der Ortsgruppe wurde einstimmig wiedergewählt, gleichfalls die Kassenrevisoren. Ueber das Thema: „Das Schicksalsjahr 1932, ein Ausblick auf 1933 und der Selbsthilfegedanke der Arbeitererschaft“ sprach Geschäftsführer Bröghes, Düren.

Hof a. S. Am 21. Januar hielt unsere Ortsgruppe im Gasthaus Zeiffer ihre Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Andreas Schödel, eröffnete die Versammlung und ließ die Teilnehmer herzlich willkommen heißen. Nach Verlesen des vorletzten Protokolls gab der Vorsitzende den Jahresbericht und anschließend der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Der Vorsitzende stellt den Antrag, daß wir unsere langjährigen und treuen Kassierer, Kollegen Fuh, der schon ein hohes Alter erreicht hat, als Ehrenkassierer ernennen, welches mit Beifall angenommen wurde. Kollege Schödel dankte nochmals allen Kolleginnen und Kollegen für ihre treue Mitarbeit in der Ortsgruppe und legte dann die Geschäfte des ersten Vorsitzenden in die Hände der Generalversammlung. Die Leitung der Neuwahl übernahm Kollege Herrmann. Einstimmig wurde wiedergewählt als erster Vorsitzender Kollege Andr. Schödel, und als zweiter Vorsitzender Kollege Johann Gareis. Zur Wahl des Kassierers nahm Kollege Robert Klein Stellung. Er wies darauf hin, daß der Kollege Fuh lange Jahre die Geschäfte als Kassierer vorbildlich geführt hat und iching Kollege Herrmann als erstes Kassierer vor, welcher einstimmig gewählt wurde. Als Schriftführer wurde einstimmig gewählt Kollege Hans Haas als erster und Kollege Heinrich Weid als zweiter Schriftführer. Nach Aufzählung der gesamten Vorstandschef die Wahl an. Nach einer anschließenden Aussprache wurde die schon verlesene Tagesordnung geschlossen.

Jöhlenbeck. Am 22. Januar 1933, nachmittags 4,30 Uhr, fand im Saale des Herrn Repohl unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Antrup eröffnete dieselbe und ließ alle herzlich willkommen heißen. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Kollege Belling gab dann den Kassenbericht. Ihm wurde Entlassung erteilt. Den Geschäftsbericht gab Kollege Antrup. Alles in allem haben wir unsere Ortsgruppe gut gehalten. Dem Punkt „Wahlen“ wurden die Kollegen Hans Antrup, Hermann Belling, Gustav Engelbrecht, August Hermann, Wilhelm Stender und die Kollegin Anna Rohlfen einstimmig wieder aber neugewählt. Ebenso die Kassenprüfer und Kartelldelegierten. Kollege Fritz Gehring

Beitrag. Am 22. 1. 1933 hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung im Lokale Brog ab. Gegen 5,15 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und ließ alle Anwesenden herzlich willkommen heißen. Besonders begrüßte er die Frauen und ermahnte sie, dem Vertrauensmann Heinrich Klumpen das Amt nicht zu erschweren und dem Vorstand zu helfen, daß die Männer und Kinder mehr denn je die Ortsgruppenversammlungen besuchen. Der Schriftführer Hüb. Stein verlas das Protokoll der letzten Versammlung, welches genehmigt wurde. Hierauf gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre. Er dankte allen Mitgliedern, die im Jahre 1932 dem Vorstand mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, und bat, auch in Zukunft mit ihrer Mitarbeit rechnen zu dürfen. Es folgte der Kassenbericht, welcher von den Revisoren als vorzüglich befunden wurde, worauf die Versammlung dem Kassierer Entlassung erteilte. Der Vorsitzende teilte der Versammlung mit, daß die Ortsgruppe Beitrag, an den Mitgliederzahlen gemessen, gegenüber den anderen Ortsgruppen der Geschäftsstelle Stadbach-Nehrdorf, mit der Beitragseinnahme an erster Stelle stehe, was von der Versammlung lobend anerkannt wurde. Hierauf erfolgte die Ergänzungswahl des Vorstandes. Dabei wurden einstimmig gewählt: Heinrich Thewis als Vorsitzender, Anton Hoffmann, Heinz Klumpen und Maria Fels als Beisitzer.

Bezirk Westfalen

Unsere Mitglieder werden hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß die Delegiertenkarte im Werte von 10 Pf. im Laufe jedes Quartals ein mal abgenommen werden muß. Die Vertrauenspersonen sind im Besitz der Marken und müssen mit dem Ortsgruppenkassierer zu Ende des Quartals abrechnen. Dieser Delegiertenbeitrag ist laut Beschluß des Verbandsvorstandes und Verbandsausschusses sowie laut Beschluß des Bezirksausschusses Pflichtbeitrag. Unsere Mitglieder werden deshalb freundlichst gebeten, bis zum Ende dieses Quartals diesen Beitrag entrichten zu lassen.

Die Bezirksleitung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Das freie Wort. — Für Wahrheit, Recht und Freiheit! — Staatsbürgerpflicht für alle! — Was wird aus dem Arbeitsministerium? — Der Wohnungsbau im Jahre 1932. — Herr Staatsanwalt, greifen Sie durch! — Der große Irrtum der RGO. — Internationale Regelung der Arbeitslosenhilfe. — Eindringung sozialer Gärten. — Soziale Wahlen vertagt! — Arnold Dickmann †. — Feuilleton: Die Arbeiter und die Wirtschaftskrise in Lancashire. — Jugendwoi! — Berichte aus den Ortsgruppen: Beitrag. — Borken. — Cuskirchen. — Hof a. S. — Jöhlenbeck. — Pangensleben. — Bangen (Allg.). — Rheine. — Speckart. — Bezirk Westfalen.

Schriftleitung: Otto Raier, D'orf, Floraftr. 7.